



Presseschau vom 11.03.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: **Syrische Armee tötet mehrere Al-Nusra-Terrorkämpfer in Idlib**

Die syrischen Streitkräfte haben laut einer Meldung des staatlichen Fernsehens in der Nacht zum Montag Raketen- und Artillerieangriffe auf Stellungen der Terrormiliz Al-Nusra-Front (Dschabhat an-Nusra) in der Provinz Idlib durchgeführt und mehrere Militanten getötet.

„Die Armee hat militante Gruppen von Dschebhat an-Nusra im Gebiet des Dorfes Hubajt in der Provinz Idlib angegriffen. Es gibt Tote und Verwundete unter den Militanten, berichtet der Fernsehsender Ikhbariya.

Außerdem sollen die Streitkräfte die Stellungen der Terroristen in der Stadt Chan Schaichun beschossen und dadurch weitere Militante vernichtet haben.

Darüber hinaus wurden bei einem Angriff gegen Terrorgruppen im Dorf Kafr Nabil Terroristen verletzt.

Wie die Nachrichtenagentur Sana berichtete, wurden in der Provinz Hama ebenfalls Stellungen der Terrorkämpfer beschossen.

Nach Informationen der Zeitung „Al-Watan“ von Anfang März führt Syrien in an der Grenze zwischen den Provinzen Hama und Idlib gelegenen Gebieten eine groß angelegte Operation gegen Terroristen-Formationen durch, die an der Seite der Al-Nusra-Front kämpfen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den

Zeitraum vom 10. März 3:00 Uhr bis 11. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jasinowataja, Donezk (Flughafen).**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 8.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 79.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Elf Stunden lange Aufklärung: US-Drohne nahe Russlands Grenzen gesichtet**

Eine US-Drohne ist laut Angaben des Portals PlaneRadar in der Nähe der westlichen Grenzen Russlands geortet worden.

Die strategische US-Drohne vom Typ RQ-4B-30 mit der Bordnummer 10-2043 startete demnach am frühen Sonntagmorgen vom italienischen Luftstützpunkt Sigonella.

Danach befand sich die Maschine circa 5,5 Stunden im Himmel über Litauen und flog an den Grenzen der russischen Region Kaliningrad entlang.

Danach überquerte die Drohne Litauen und erreichte den estnischen Luftraum. Etwa 4,5 Stunden dauerte der Aufklärungsflug nahe den westlichen Grenzen der Regionen Pskow und Leningrad an.

Auf ihrem Rückflug unternahm die Drohne RQ-4B-30 eine Serie von Flügen entlang der Region Kaliningrad. Dies soll nicht weniger als eine Stunde in Anspruch genommen haben.

Um 21.30 Uhr beendete die US-Drohne ihre Mission.

PlaneRadar teilte unter anderem mit, dass heute um 06.10 Uhr (Moskauer Zeit) die Drohne RQ-4B den Luftstützpunkt Sigonella verlassen habe.

Die Aktivitäten westlicher Aufklärungsflugzeuge in der Nähe der russischen Grenzen haben in letzter Zeit wesentlich zugenommen. Aufklärungsflüge werden unweit der Halbinsel Krim, der südrussischen Region Krasnodar sowie entlang der westlichen Grenze Russlands absolviert.

Insgesamt hatten die radiotechnischen Truppen der russischen Luftwaffe im Jahr 2018 mehr als 980.000 Luftobjekte, darunter etwa 3000 Kampfflugzeuge ausländischer Luftstreitkräfte, entdeckt und begleitet. Mehr als 1000 davon sind Aufklärungsflugzeuge. Die diensthabenden Kräfte wurden mehr als 4000 Mal in höchste Alarmbereitschaft versetzt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31127/21/311272113.jpg>

Dnr-online.ru: Die Frage der Personalversorgung der städtischen kommunalen Dienste war eines der Themen in einem Gespräch mit dem Bürgermeister von Donezk Alexej Kulesmin. „Heute können nicht alle ökonomischen Prozesse in ihrer akademischen Formulierung auf die Ökonomie unserer Region angewandt werden. Aber bei weitem nicht alle verstehen, unter welchen Bedingungen unsere Menschen leben. Deshalb suchen die Menschen aus objektiven Gründen Arbeit mit einem höheren Lohn. Um zusätzliche Kader zu gewinnen, führen wir Arbeit zur Ausbildung und Einstellung durch. Tatsächlich ist eine Erhöhung der Löhne notwendig. Und ich spreche jetzt ausschließlich von Facharbeiterberufen. Diese Frage erfordert ein komplexes staatliches Herangehen. Ich will anmerken, dass das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin diese Frage sehr gut kennt und unterstützt. Und ich bin überzeugt, dass die Regierung und die Führung der Republik Wege suchen, auf denen dies verwirklicht werden kann“, sagte Alexej Kulesmin.

de.sputniknews.com: **Was kann Zerfall von INF-Vertrag für Europa bedeuten? – Russischer General erläutert**

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der russischen Staatsduma, Generaloberst i.R. Wladimir Schamanow, hat sich während seines heutigen Briefings zur aktuellen Situation um den INF-Vertrag geäußert.

„Unter den heutigen Bedingungen behält sich Russland das Recht vor, spiegelbildlich in der Frage der Entwicklung, Herstellung und Stationierung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite zu agieren“, äußerte Schamanow. Er verwies darauf, dass am 4. März Russlands Präsident, Wladimir Putin, einen Erlass unterzeichnet hatte, der den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) ab sofort aussetzt.

„Wir beabsichtigen aber nicht, als Erste ähnliche zukunftsweisende Waffen in jenen Regionen, Europa eingeschlossen, zu stationieren, wo es keine gleichartigen amerikanischen Systeme gibt“, präzisierte er.

Außerdem sagte er, dass der Zerfall des INF-Vertrags das System der internationalen Sicherheit und Stabilität hart treffen könne.

„Und für Europa besteht das Risiko einer Rückkehr zu den schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges. Die Amerikaner bleiben dabei unerreichbar.“

Darüber hinaus teilte Schamanow mit, dass US-Vertreter erstmals dem Briefing für in Moskau akkreditierte Militärattachés ferngeblieben seien.

In den letzten Jahren haben sich Moskau und Washington mehrmals gegenseitig die

Verletzung des INF-Vertrags vorgeworfen. Am 1. Februar hatte Washington den Ausstieg aus dem Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme angekündigt, das im Jahr 1987 von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnet wurde.

Die USA warfen Russland vor, den Vertrag mit der Produktion des landgestützten 9M729-Marschflugkörpers verletzt zu haben. Moskau beteuerte seinerseits, dass der Marschflugkörper INF-konform sei, und beschuldigte Washington wiederum, Abschussvorrichtungen in Polen und Rumänien stationiert zu haben, die gegen das Abkommen verstoßen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32029/23/320292303.jpg>

dnr-online.ru: Am 7. März fiel infolge nächtlicher Artillerie- und Mörserangriffe der Strom in gleich sechs Ortschaften des Bezirks Nowoasowsk aus. Und erst am 1. März hatten Reparaturbrigaden des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ die Stromversorgung von Sachanka wieder in Betrieb genommen, dessen Stromversorgung durch Beschuss seitens der militärischen Formationen der Ukraine ausgefallen war.

Wie der operative Diensthabende des Kohle- und Energieministeriums der DVR mitteilte, wurde am 7. März um 19:05 Uhr die die 35kW-Unterstation „Sachanka“ vom Netz getrennt, die vier Hochspannungsleitungen und 16 Transformatorunterstationen versorgt, keinen Strom hatten Sergejewka, Sachanka, Kominternowo, Saitschenko, Leninskoje und Dshershinskoje. Am nächsten Tag haben Mitarbeiter der Energieversorgungsgesellschaft zwischen den Strompfählern 61 und 62 eine durchschlagene Leitung der Phase „A“ gefunden und repariert, aber die Unterstation „Sachanka“ hatte weiter keinen Strom. Während des Beschusses war der letzte funktionierende Transformator an der Unterstation beschädigt worden (der Reservetransformator war schon zuvor von den ukrainischen Streitkräften beschädigt worden).

Die Energietechniker der Republik haben am selben Tag eine Anfrage zur Gewährleistung eines Regimes der Ruhe für den Zeitraum der Reparaturarbeiten an der Unterstation „Sachanka“ an das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung geschickt. Leider hat die ukrainische Seite bis heute nicht geantwortet. Sobald die Vereinbarung vorliegt, werden die Reparaturarbeiten in kürzester Zeit erfolgen.

de.sputniknews.com: **Angriff der US-Koalition in Syrien: Sana meldet Tötung von mindestens 50 Zivilisten**

Mehr als 50 Zivilisten sind bei einem Luftangriff der US-geführten Koalition auf das Dorf al-Baghous (Baghus) in der syrischen Provinz Deir ez-Zor ums Leben gekommen. Dies meldet am Montag die Nachrichtenagentur Sana unter Berufung auf lokale Quellen.

Dabei gehe es um eine Attacke auf ein Lager in der Ortschaft al-Bagouz. Mindestens 50 Zivilisten, vor allem Frauen und Kinder, sollen dabei ums Leben gekommen sein. Die arabisch-kurdischen SDF-Einheiten kämpfen seit Monaten gegen Reste der Extremistenmiliz IS und werden dabei von der US-geführten internationalen Anti-IS-Koalition unterstützt. Die syrischen Behörden hatten der Anti-IS-Koalition mehrmals vorgeworfen, hochgiftige Phosphorbomben bei deren Luftangriffen auf Baghus eingesetzt zu haben, und über Todesopfer unter Zivilisten infolge dieser Attacken berichtet. Mustafa Bali von den SDF sagte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass circa 15.000 Menschen diese grenznahe Region verlassen hätten, nachdem die SDF am 9. Februar die Schlussphase des Sturmangriffs auf Baghus angekündigt hatten. Nach Angaben der SDF sind die meisten IS-Kämpfer im Dorf Ausländer. Sie hätten Tunnel gegraben, um sich zu schützen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31725/74/317257491.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.03.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zwei Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij und Mischantschuk aus **Jasinowataja** und der **Flughafen von Donezk** mit Antipanzerraketenkomplexen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Was unmittelbar den „Frühlingswaffenstillstand“ betrifft, so bleibt zu hoffen, dass unsere Anfragen an die internationale Organisation Wirkung haben werden und die OSZE-Mission Druck auf das Kommando der ukrainischen Streitkräfte bezüglich der Erfüllung der erreichten Vereinbarungen über eine Feuereinstellung ausübt, was im Endeffekt die kriegerrische Glut der ukrainischen Kommandeure bändigen würde.

Außerdem sind nach uns vorliegenden Informationen **in der OOS-Zone Vertreter von 12 ukrainischen Informationsagenturen** eingetroffen, um über die Lage zu berichten und Reportagen über die Aktivierung der Kämpfe von Seiten der Volksrepubliken im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen zu erstellen. In diesem Zusammenhang schließen wir eine Verstärkung der Spannung entlang der Kontaktlinie durch eine Zunahme provokativen Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nicht aus, besonders im Vorfeld und während des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk am 13. März.

Gestern hat der Gegner im Gebiet von Jasinowataja zweimal Antipanzerlenkraketen eingesetzt. Ich stelle Ihnen hier weitere Fragmente der Antipanzerlenkraketen vor, die von den ukrainischen Kämpfern auf unsere Soldaten abgeschossen wurden. Nach uns vorliegenden Informationen ist die Aktivierung der **Verwendung von Antipanzerlenkraketen mit den laufenden Erprobungen dieser Waffe verbunden**, insbesondere der Antipanzerlenkraketenkomplexe „Korsar“ aus ukrainischer Produktion. Aber diese Versuche werden nicht auf Truppenübungsplätzen durchgeführt, sondern an der Kontaktlinie und an realen Zielen. Dies geschieht um die militärischen Möglichkeiten der Waffen zu demonstrieren, um sie im weiteren im Ausland zu verkaufen, das heißt zu Reklamezwecken. Seit Anfang des Jahres haben wir mehr als 50 Fälle von Verwendung dieser Waffenart von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die derzeitige militärisch-politische Führung der Ukraine demonstriert im Rahmen des Wahlkampfes weiterhin eine Erhöhung der militärischen Möglichkeiten der ukrainischen Streitkräfte. Nach uns vorliegenden Informationen plant Poroschenko für den 20. März auf dem Flugplatz der 7. Brigade der taktischen Luftstreitkräfte im Oblast Chmelnyzki die Übergabe von sechs 122mm-Artilleriegeschützen „Gwosdika“, um eine Artillerieabteilung der 56. Panzergrenadierbrigade zu bilden, sowie einer Partie 82mm-Mörser „UPIK 82“ aus ukrainischer Produktion, um die Einheiten des Reservekorps und der territorialen Verteidigung auszurüsten. Wir schließen nicht aus, dass diese Waffen sich in der nächsten Zeit auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Donbass befinden werden und lenken die Aufmerksamkeit der OSZE-Mission darauf, eine Kontrolle über den Abzug der von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen an die vorgesehenen Lagerorte durchzuführen.

de.sputniknews.com: **US-Flüssiggas für EU überflüssig? – Russische Zeitung**

Die Europäische Kommission hat eine Steigerung des LNG-Imports aus den USA nach Europa bis 2023 von nur bis zu acht Milliarden Kubikmetern prognostiziert, meldet die russische Zeitung „Kommersant“.

Dieses Volumen entspricht gerade einmal 1,6 Prozent des gesamten Gasverbrauchs in der EU pro Jahr. Im Vergleich dazu lag der Anteil der Gas-Lieferungen von Russland nach Europa im Jahr 2018 bei 37 Prozent, heißt es in der Meldung.

„Kommersant“ zufolge werden von den etwa insgesamt jährlich produzierten 119 Milliarden Kubikmetern Flüssiggas der USA zirka sieben Prozent an den europäischen Markt gehen. Das ist weniger als im vergangenen Jahr. 2018 haben die Vereinigten Staaten elf Prozent ihres Flüssiggases in die EU exportiert.

Nach Schätzung von „Gazprom Export“ könnte der Gas-Import der EU bis 2023 bis zu 40 Milliarden Kubikmeter betragen. In der EU-Kommission herrsche diesbezüglich durchaus die Ansicht, dass der wachsende Bedarf Europas in Bezug auf den Gasverbrauch hauptsächlich von den russischen Unternehmen „Gazprom“ und „Novatek“ abgedeckt werden könnte, so Kommersant.

Dabei könnte das russische Flüssiggas des privaten russischen Gas- und Ölproduzenten Novatek für die EU laut Kommersant preiswerter sein, als das LNG aus den vereinigten Staaten. Das Unternehmen versuche zudem auch die Kosten für die Gewinnung und Verflüssigung von Gas durch die Lokalisierung der Produktionsanlagen und durch den Einsatz neuer Technologien zu reduzieren.

Vergangene Woche ist in diesem Zusammenhang berichtet worden, dass der vom US-Kongress Ende Februar veröffentlichte Gesetzentwurf, der die Verhängung zusätzlicher Sanktionen gegen Russland vorsieht (Defending American Security from Kremlin Aggression Act, DASKA), unter anderem die russische Gasindustrie gefährden könnte.

Obwohl das Gas nur in Bezug auf die russischen Flüssiggasprojekte außerhalb des Landes in dem Dokument erwähnt wird, setzt es auch inländische Projekte russischer Gasunternehmen einer Gefahr aus. Tatsache ist, dass der im Gesetzentwurf verwendete Begriff „crude oil“ (dt.:

Rohöl) nach dem US-amerikanischen Verständnis nicht nur Öl, sondern auch Gaskondensat beinhaltet.

Wie genau der Begriff zu interpretieren ist, haben die Autoren des Gesetzentwurfs, ob nun vorsätzlich oder zufällig, nicht erläutert und gerade deshalb sind die LNG-Projekte von Novatek und auch Gazprom womöglich bedroht.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32274/33/322743329.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung. In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** festgestellt.

Die ukrainische Seite unterlässt die **Versuche der Anwerbung von Zivilisten**, die die Kontaktlinie passieren, nicht.

Nach Informationen von Einwohnern von Popasnaja verfolgen Mitarbeiter des SBU, um Informationen zu erhalten, Bürger, die auf dem von Kiew kontrollierten Territorium wohnen, aber regelmäßig das Territorium der LVR besuchen. Als Hauptmethode, um Menschen zur Zusammenarbeit heranzuziehen, nutzen sie Festnahmen und Einschüchterung. Aus Informationen einer Quelle wurde bekannt, dass seit Anfang des Jahres in den Gefängniszellen des SBU sechs Menschen gelandet sind: zwei befinden sich im Untersuchungsgefängnis in Sewerodonezk wegen des Verdachts auf Separatismus, gegen vier andere wird physischer Druck durch Mitarbeiter der Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Artjomowsk ausgeübt.

Außerdem werden derzeit in Lisitschansk gemeinsame Razzien von Vertretern der ukrainischen Streitkräfte, der Polizei und des SBU durchgeführt um Personen zu finden, deren Verwandte auf dem Territorium der LVR leben. Diese Personen werden der Unterstützung von Soldaten der Volksmiliz der LVR beschuldigt. Außerdem sind Fälle bekannt, das örtliche Einwohner, die der SBU angeblich zu Befragung festgenommen hat, verschwunden sind.

Einen solchen Fall gab es in der letzten Woche in Lisitschank, wo eine Frau, geb. 1976, nach einer Serie nicht normaler Drohanrufe verschwand. Nach Mitteilung von Augenzeugen versuchte die Frau am 7. März auf das Territorium der LVR zu gelangen, wo sich ihre kranke Mutter befindet, aber bei der Kontrolle der Dokumente am KPP „Staniza Luganskaja“ wurde sie von Mitarbeitern des SBU festgenommen, danach hat sie niemand mehr gesehen.

Diese Fälle verweisen ein weiterer Mal darauf, dass die Kiewer Regierung mit allen möglichen Mitteln, einschließlich physischer Gewalt, versucht, alle, die mit dem Regime Poroschenko nicht einverstanden sind, auszurotten.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte sinkt das Niveau der militärischen Disziplin weiter ab, was das Anwachsen nicht kampfbedingter Verluste befördert.

So begann der Soldat der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Martschenko auf einem Beobachtungsposten eines Zugstützpunkts im Gebiet von Katerinowka durch einen Schuss mit seiner persönlichen Waffe Selbstmord.

Außerdem entstand gestern bei Soldaten derselben Brigade beim Trinken von Alkohol ein Konflikt. Infolge des Streits schoss der Soldat Sereda auf seine beiden Kameraden, den Gefreiten Uschko und den Soldaten Nowitschenko.

Bis jetzt werden diese Vorfälle sorgfältig vom Kommando gegenüber der übergeordneten Führung und den Verwandten der Toten verheimlicht, denen man dann erklärt, dass die Soldaten eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben oder in der Folge von Kämpfen starben.

Mit voller Überzeugung bin ich bereit zu erklären, dass das Pressezentrum des Stabes der sogenannten OOS in offiziellen Berichten wieder eine Aggression von unserer Seite angeben wird, in deren Folge ein weiteres Mal „Verteidiger der unabhängigen Ukraine“ starben.

Das ukrainische Kommando zieht weiter aktiv kontrollierte Massenmedien in der Zone der militärischen Operation heran, um Materialien zu erstellen, die die Verbrechen der ukrainischen Straftruppen gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass rechtfertigen und bei der Zivilbevölkerung der Ukraine eine falsche Verstellung von der Volksmiliz und der Führung der LVR im ganzen erzeugen.

So sind im Verantwortungsbereich der 54. Brigade im Gebiet von Solotoje Gruppen von Journalisten der Fernseh- und Radiosender „5. Kanal“ und „Radio Swoboda“ eingetroffen. Hauptaufgabe der Medienvertreter ist es, Falschinformationen, erstellen und zu verbreiten, in denen die Führung der Republik der Verletzung der Minsker Vereinbarungen beschuldigt wird.

Im Zusammenhang damit schließen wir im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk irgendwelche Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer nicht aus.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und ihre Verpflichtungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts weiter streng ein. Aber im Fall einer Aggression von Seiten des Gegners sind unsere Einheiten bereit, den Feind entschieden abzuwehren.

de.sputniknews.com: **Russische Waffen gehen nun seltener kaputt – Verteidigungsminister**

Seit Jahren belebt Russland die Militärvertretungen bei seinen Industrieunternehmen wieder. Nun hat die Initiative erste positive Folgen gebracht: Die Häufigkeit des Versagens von Technik ist um etwa 60 Prozent zurückgegangen. Das gab der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu am Montag bekannt.

Dank der Wiederherstellung der Militärvertretungen sei die Kontrolle über die Qualität der hergestellten Produkte gestärkt worden, sagte der Minister.

Schoigu gab außerdem bekannt, dass Russland bereits mehr als 300 Waffentypen in Syrien getestet habe.

In den 2010er Jahren wurde das Personal in den Militärvertretungen stark reduziert. Seine Funktionen wurden teilweise an entsprechende Abteilungen der Technikhersteller übergeben. Doch seit 2013 nimmt die Zahl der Militärvertretungen wieder zu.

Dan-news.info: „Zum Zweck der sozialen Unterstützung von ehemaligen Soldaten, Mitgliedern der Familien gefallener Soldaten, von Teilnehmern der Kampfhandlungen zur Verteidigung der DVR, zum Erhalt der Traditionen und der Erhöhung des Prestiges des Militärdienstes, der patriotischen Erziehung der Bürger weise ich gemäß den Artikeln 59, 60 der Verfassung der Republik an, beim Oberhaupt der DVR eine Abteilung für soziale

Unterstützung von ehemaligen Soldaten und zur patriotischen Erziehung einzurichten“, heißt es im Erlass Nr. 65 des Republikoberhauptes.

Als Leiter dieser Abteilung wurde der ehemalige Verteidigungsminister, der Held der DVR Generalleutnant Wladimir Kononow ernannt, sein Stellvertreter ist der Generalmajor und Held der DVR Sergej Welikorodnyj.

de.sputniknews.com: **Nato bereitet sich auf Minenabwehrmanöver in östlicher Ostsee vor**
Mehr als zehn Schiffe will das Nordatlantische Militärbündnis einsetzen. Bei der Übung in der Ostsee sollen Seemanöver, Gefechtsdienst und Unterwasser-Minenabwehr geübt werden. Nach Angaben der deutschen Marine beteiligen sich acht baltische Anrainer-Staaten. Marineeinheiten zur Minenbekämpfung aus Deutschland, Schweden, Dänemark, Litauen, Lettland, Finnland, Polen und Estland werden dabei sein, wenn das Manöver am 25. März beginnt. Das Manöver trägt den Namen „Baltic Mine Countermeasures Squadron Exercise“. Mehr als zehn spezialisierte Schiffe und Boote werden laut Deutscher Marine teilnehmen. Das Minenabwehrmanöver soll zwei Wochen dauern. In der östlichen Ostsee werden gemeinsam nautische Manöver, Gefechtsdienst und Unterwasser-Minenabwehr geübt. Außerdem steht Gefahrenbeseitigung auf dem Programm. Vor Riga in Lettland werden die Soldaten laut Marine Altlasten aus den vergangenen Kriegen räumen – scharfe Munition, Torpedos, Minen oder Bomben.

Das Manöver wurde vergangene Woche im Zuge der „Baltic Commanders Conference“ (BCC) besprochen. Das Treffen fand zum fünften Mal statt. Für Deutschland nahm der Befehlshaber der Flotte, Vizeadmiral Rainer Brinkmann, teil. Bei den Gesprächen in Stockholm diskutierten die Nato-Partner gemeinsame Interessen und weitere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit.

Dan-news.info: **Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin im Zusammenhang mit den Verletzung des „Frühlingswaffenstillstands“ durch die ukrainischen Streitkräfte**

Die ukrainische Seite ignoriert zynisch und verbrecherisch alle Vereinbarungen, die im Verlauf der Verhandlungen in Minsk erzielt wurden. Der „Frühlingswaffenstillstand“ wurde keine 15 Minuten eingehalten. Die ukrainischen Streitkräfte hat dann bereits das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet. Dabei erteilt das ukrainische Militärkommando zielgerichtet Befehl, Wohnhäuser und Infrastrukturobjekte zu beschießen. Allein den ersten drei Tagen des Regimes der Feueereinstellung hat der Gegner das Territorium der Republik mit mehr als 200 Geschossen beschossen. Sieben Ortschaften der Republik wurden von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen beschossen. Im Ergebnis von feindlichem Scharfschützenfeuer starb ein Soldat der Volksmiliz. Es wurde ein Beschuss der Wasiljewker Pumpstation unter Verwendung von Antipanzerlenkraketen registriert. Ohne Zweifel sind die Aktivierung des provokativen Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte, das Ignorieren aller Vereinbarungen, die auf eine Senkung der Kampfaktivität an der Abgrenzungslinie gerichtet sind, die Versuche, Einwohner des Donbass auf beiden Seiten der Kontaktlinie einzuschüchtern und zu terrorisieren, ein Teil des Wahlkampfes der derzeitigen Kiewer Regierung. Indem sie unsere Städte beschießt, Wohnhäuser und Infrastruktur zerstört, versucht die Kiewer Regierung die Aufmerksamkeit ihrer Wähler von der politischen und ökonomischen Krise innerhalb des Landes abzulenken und so ihre Chancen bei den bevorstehenden Wahlen zu erhöhen.

Es ist unzweifelhaft, dass die Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in den nächsten Tagen nicht nur nicht aufhören, sondern sich verstärken werden. Für Kiew ist eine Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie günstig und die verbrecherischen Befehle, unsere Städte zu beschießen, werden auch weiter erteilt werden und die Situation wird sich weiter zuspitzen.

Wir rufen die Weltgemeinschaft, die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen, die OSZE-

Mission und andere internationale Organisationen auf, entschieden und fest auf die ukrainische Seite einzuwirken, um die Situation zu regeln und Mord an unserer Bürgern zugunsten der politischen Interessen des offiziellen Kiews nicht zuzulassen.

Für Poroschenko ist heute das wichtigste Ziel, seine Macht zu erhalten, und für dieses Ziel ist er, wie wir sehen, bereit, jedes Verbrechen zu begehen.

Die Volksmiliz der Donezker Volksrepublik behält sich ihrerseits das Recht vor, adäquat und symmetrisch auf provokative Beschüsse zu reagieren. Wir werden alle Versuche der bewaffneten Formationen der Ukraine, unsere Häuser und Infrastruktur zu zerstören und friedliche Einwohner des Donbass zu ermorden, fest unterbinden.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

Denis Puschilin

de.sputniknews.com: „New York Times“ deckt auf: Fake-News zu US-Hilfskonvois in Venezuela

Armin Siebert

Ende Februar hatten Bilder von brennenden Hilfskonvois an der Grenze zu Venezuela US-amerikanische Forderungen nach einem „Regime Change“ angeheizt. Die „New York Times“ hat nun rekonstruiert, dass die Hilfskonvois gar nicht von der Maduro-Regierung, sondern von der Opposition in Brand gesetzt wurden.

Am 23. Februar ging ein empörter Aufschrei durch die westliche Welt, als Hilfskonvois an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze in Flammen aufgingen. Unmittelbar waren die Schuldigen gefunden: Regierungstruppen von Präsident Nikolas Maduro hätten die Lebensmittel verbrannt, waren sich amerikanische Regierungsvertreter, aber auch deutsche Spitzenpolitiker sicher.

Keine Hilfstransporte nach Venezuela?

Maduro hatte tatsächlich die vom Oppositionsführer und selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaido gemeinsam mit den USA initiierten Transporte nicht ins Land gelassen, da er Provokationen bis hin zum Schmuggel von Waffen und Militär befürchtete. Diese Befürchtungen sind nicht ganz abwegig, da der Venezuela-Beauftragte der USA Elliott Abrams schon an einigen Regime-Stürzen in Lateinamerika beteiligt war, bei denen ähnliche Techniken eingesetzt wurden.

Umfangreiche Hilfstransporte über den Luftweg, unter anderem aus Russland, vom Roten Kreuz oder der Uno, wurden jedoch von der venezolanischen Regierung genehmigt, was in den Medien meist verschwiegen wurde. Das offizielle Narrativ, das auch von den meisten Politikern in der westlichen Welt wiederholt wurde, war: Maduro lässt keine Hilfstransporte ins Land. Der venezolanische Präsident hat jedoch nur Hilfstransporte der USA und ihrer Verbündeten Kolumbien und Brasilien abgelehnt.

Stoppen, aber nicht anzünden

Präsident Maduro hat die Hilfstransporte zwar stoppen, aber nicht anzünden lassen, wie die US-amerikanische Zeitung „New York Times“ nun in einem Video und einer Analyse beweist. Die Hilfskonvois wurden am 23. Februar nicht von Maduros Truppen, sondern von verummten Anti-Maduro-Protestlern mit Molotow-Cocktails in Brand gesetzt. In dem Video der „New York Times“ wird auch noch einmal nachvollzogen, wie die Lüge von der Schuld der Maduro-Regierung erst von US-Offiziellen in die Welt gesetzt und dann von großen Medienhäusern wiederholt und verbreitet wurde.

Der Ton verschärft sich

Die US-Administration verschärfte nach dem Brand der Hilfskonvois ihren Ton und drohte mit einem militärischen Eingreifen in Venezuela. Vizepräsident Mike Pence traf sich nur einen Tag nach den Vorfällen, am 24. Februar, an der venezolanischen Grenze mit dem US-Protégén Guaido in Kolumbien. Zuvor hatte Pence getwittert:

„Der Tyrann in Caracas tanzte, als seine Handlanger Zivilisten töteten und Lebensmittel und

Medizin, die auf dem Weg nach Venezuela waren, verbrannten...“

Auch der höchste Sicherheitsberater der Trump-Regierung, John Bolton, twitterte:

„Vermummte Schläger, Zivilisten durch scharfe Munition getötet und Konvois mit bitter benötigten Lebensmitteln und Medizin verbrannt. Das ist Maduros Antwort auf friedliche Bemühungen, den Venezolanern zu helfen. Die Länder, die Maduro immer noch anerkennen, sollten sich überlegen, was sie hier befürworten.“

Deutsche Politiker schlossen sich diesem Narrativ sofort an und forderten Sanktionen gegen Maduro. So sagte der FDP-Außenpolitikexperte Alexander Graf Lambsdorff der BILD: „Wir können nicht tatenlos dabei zusehen, wie Maduro Hilfsgüter verbrennen und sein Volk weiter verhungern lässt. Deutschland sollte zusammen mit den EU-Partnern über weitere Sanktionen beraten, die Maduro treffen können.“

Deutschland hatte zuvor bereits Juan Guaido als Interimspräsidenten anerkannt. Deutschlands Botschafter in Venezuela, Daniel Kriener, hatte offen mit Guaido sympathisiert und ihn unterstützt, woraufhin er von Venezuela zur „Persona non Grata“ erklärt wurde.

Von Anfang an Zweifel

Guaido wollte einen Durchbruch der Hilfstransporte inszenieren, um gleichzeitig seinen Einzug als Heilsbringer und neuer Präsident zu zelebrieren. Mit dem Stopp der Hilfskonvois an der Grenze war der geplante „Regime Change“ in Venezuela vorerst kläglich gescheitert. Die Stimmung weltweit war durch diese Aktion allerdings gekippt und das Image der Maduro-Regierung beschädigt.

Dabei hatte es in alternativen Journalistenkreisen von Anfang an Zweifel an der Version der US-Regierung gegeben. So hatte der US-amerikanische Journalist Max Blumenthal, der selbst vor Ort war, bereits am 24. Februar auf Twitter ein Video verlinkt, das zeigt, wie ein Protestler einen Molotow-Cocktail auf einen US-Hilfskonvoi wirft - also das, was die „New York Times“ jetzt, zwei Wochen später, als ihre große Story verkauft.

Im weltweiten Kanon der Berichterstattung gingen solche Stimmen allerdings unter. Die Bilder der brennenden Hilfskonvois führten ab dem 24. Februar zu einem entscheidenden Stimmungswechsel gegen die Maduro-Regierung in den westlichen Medien, der Bevölkerung und in der Politik. Wer bis dahin noch Zweifel hatte, war nun überzeugt, dass Maduro ein grausamer Diktator ist, der weg muss.

„Klassische Fake-News“

Der berühmte US-amerikanische investigative Journalist Glenn Greenwald bezeichnet die voreiligen Schlüsse zu den Hilfskonvois auf seiner Website „The Intercept“ als „klassische Fake-News – auf Twitter von US-Offiziellen und Medienstars verbreitet – mit dem klaren und böartigen Ziel, einen Krieg anzuzetteln“

Durch alle Medien ging die Meldung, Maduro habe LKWs mit Hilfsgütern in Brand gesetzt. Tatsächlich, waren Maduro-Gegner verantwortlich, wie nun, mit 2 Wochen Verspätung (!) sogar die New York Times einräumt. Glenn Greenwald analysiert das Medienversagen (<https://t.co/6cFKNUZOJ7>).

Greenwald verweist in seiner Analyse ebenfalls darauf, dass es bereits unmittelbar nach dem Brand der Hilfskonvois Videos gab, die die Schuld der Maduro-Streitkräfte widerlegten. Greenwald bemerkt, dass auch „RT America“ entsprechende Videobeweise gepostet hat. Auch von offizieller russischer Seite hätte es entsprechende Hinweise gegeben. Die Russische Botschaft in Südafrika verlinkte am 24. Februar auf Twitter ein entsprechendes Video und kommentierte:

„Hände weg von Venezuela. Videomaterial von dem Vorfall an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze aufgetaucht, das zeigt, wie die von den USA unterstützte Opposition Molotow-Cocktails auf die US-Hilfskonvois wirft...“

Greenwald erinnert in seinem Artikel auch daran, dass dies nicht die erste Medienlüge im Venezuela-Konflikt gewesen sei. Zuvor sei ein Foto von der leeren Brücke zwischen Kolumbien und Venezuela um die Welt gegangen als Beweis dafür, dass die Maduro-

Regierung die Grenze wegen der Hilfskonvois geschlossen hat. Allerdings ist die Brücke bereits seit Jahren aufgrund von Konflikten zwischen den beiden Ländern geschlossen.

Alles begann mit einer Lüge...

Greenwald beginnt seinen Artikel zu Venezuela mit den Worten „Jeder große US-Krieg der letzten Jahrzehnte begann damit, dass die US-Regierung eine aufhetzende, emotional provozierende Lüge fabriziert hat, die dann von den großen Medien unkritisch als Wahrheit behandelt wird.“ Als Beispiel führt Greenwald den Golfkrieg an, zu dessen Legitimation die USA behaupteten, dass irakische Soldaten bei der Invasion Kuwaits im August 1990 kuwaitische Frühgeborene getötet hätten, indem sie diese aus ihren Inkubatoren gerissen und auf dem Boden hätten sterben lassen. Auch der Irakkrieg, der zu Hunderttausenden Toten führte, begann mit der von den USA verbreiteten Lüge, dass der damalige irakische Präsident Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge.

Weltweite Bekanntheit erlangte Greenwald, als er die von Edward Snowden im Jahr 2013 übermittelten Dokumente zum streng geheimen NSA-Überwachungsprogramm PRISM aufbereitete und Anfang Juni 2013 in der britischen Tageszeitung „The Guardian“ zusammen mit einem Interview Snowdens veröffentlichte.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32427/91/324279176.jpg>

Lug-info.com: Aufruf der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ an die Abgeordneten des Volkssowjets der LVR

Heute wächst der Bedarf der Bürger an der Lösung von Fragen auf örtlicher Ebene unaufhaltsam. Und gerade die Organe der örtlichen Selbstverwaltung sind eine der wichtigsten Normen des demokratischen Aufbaus.

Für jeden Bürger der LVR ist die Zusammenarbeit mit den Organen der örtlichen Selbstverwaltung ein sehr guter und verständlicher Mechanismus.

Außerdem tragen gerade die Organe der örtlichen Selbstverwaltung die Verantwortung für den Erhalt und das Funktionieren des kommunalen Wirtschaft, Infrastruktur, Bodenpolitik und vieler anderer für die Menschen lebenswichtiger Komponenten.

Die Ausarbeitung und im weiteren die Annahme eines Gesetzes „Über die Organe der örtlichen Selbstverwaltung“, wird zweifellos die weitere Entwicklung der Republik gewährleisten und positiv auf die Beziehungen zwischen Staatsmacht und Menschen einwirken.

Ein wichtiges Moment bei der Erstellung des Dokuments ist die Festlegung der Prinzipien des Aufbaus der Struktur der örtlichen Staatsmacht, der Prozess der Wahlen der Leiter der örtlichen Räte, die Festlegung ihrer Vollmachten.

Auf der Grundlage alles oben gesagten unter Bedingung des Entstehung und Entwicklung der

LVR bittet die gesellschaftliche Bewegung „Mir Luganschtschine“ Sie, die Frage der Erarbeitung und Annahme durch den Volkssowjet der LVR nach einer breiten gesellschaftlichen Erörterung des Gesetzes der LVR „Über die örtliche Selbstverwaltung in der LVR“ zu behandeln.

abends:

de.sputniknews.com: **„Zweifelhaft“: Moskau und Damaskus zu OPCW-Bericht zu „chemischen Attacke“ in Duma**

Russland und Syrien haben auf Widersprüche und Unstimmigkeiten im Bericht der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) verwiesen, der dem angeblichen Chemiewaffenangriff in der syrischen Stadt Duma im April 2018 gewidmet ist.

In dem am 1. März veröffentlichten Bericht heißt es unter anderem, bei einer Attacke auf die syrische Stadt Duma vom 7. April 2018 sei eine „toxische chemische Substanz, (...), offenbar Chlor“, verwendet worden.

Laut dem Ständigen Vertreter Russlands bei der OPCW, Alexander Schulgin, enthält der Bericht viele „Lücken, Widersprüche und Unstimmigkeiten“. In einiger Hinsicht würden die OPCW-Experten die Lügen der „Weißhelme“ widerlegen, andererseits würden sie sich gerade auf die Aussagen der „Weißhelme“ stützen.

Zudem würden die ballistischen Berechnungen in dem Bericht zweifelhaft aussehen und die Zahl der Todesopfer sei willkürlich geschätzt, betonte er.

Darüber hinaus seien die in Duma gesammelten Proben unerforscht geblieben, so Schulgin: „Man könne nicht dazu kommen, hieß es, die Auslastung sei sehr hoch. Aber niemand schien diese Proben zu brauchen“, fügte er hinzu.

Der Ständige Vertreter Syriens bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen Bassam Sabbagh betonte seinerseits, die Zahl der in Duma gesammelten Proben falle nicht mit der Zahl der Proben zusammen, die in einem Labor in Den Haag gelagert worden seien. „Wir fragten, von wem diese Proben stammen und wer sie gesammelt hat. Wir haben keine Antwort bekommen. Ja, es gibt Proben, die bei der Ermittlung beteiligt sind und zu denen wir keine Informationen haben“, sagte er.

Das syrische Außenministerium äußerte sich ebenfalls zu dem OPCW-Bericht. Dieser verdrehe die Tatsachen und sei von unprofessionellen Experten verfasst worden, hieß es in einer Mitteilung des Pressedienstes der Behörde.

Demnach ignorierten die Verfasser des Berichts die Aussagen der Augenzeugen, die die Situation mit dem mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz in Duma als eine Lieferung von Chemiewaffen durch terroristische Gruppierungen beschrieben hatten.

Der Zwischenfall von Duma sei „völlig fabriziert“, äußerte das syrische Außenministerium und forderte die OPCW-Mitgliedsländer auf, auf die Verwendung des Berichts zu verzichten.

Das russische Außenministerium hatte mehrmals betont, die Fakenews über angebliche Chemiewaffeneinsätze in Syrien würden darauf abzielen, Terroristen reinzuwaschen und mögliche Militärschläge von außen zu rechtfertigen. Der Generalstab der russischen Streitkräfte hatte bereits im März 2018 vor einer Provokation mit dem inszenierten Einsatz von Chemiewaffen in der Region Ostghuta gewarnt, in der sich die Stadt Duma befindet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32303/45/323034545.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Haushaltentwurf: 661 Millionen US-Dollar zur Bekämpfung des „Einflusses Russlands“**

Das US-Außenministerium plant laut eigenen Angaben im Jahr 2020 661 Millionen US-Dollar (etwa 588 Millionen Euro) aus dem US-amerikanischen Staatshaushalt für die Bekämpfung des Einflusses Russlands auszugeben.

Der vom Weißen Haus am Montag veröffentlichte US-Haushalt beinhaltet außerdem die Zuteilung von 500 Millionen US-Dollar (etwa 445 Millionen Euro) für den „demokratischen Übergang“ in Venezuela, teilte der stellvertretende US-Außenminister John Sullivan mit. „(Wir - Anm. d. Red.) investieren 661 Millionen US-Dollar in Anstrengungen zur Bekämpfung des böswilligen russischen Einflusses in Europa, Eurasien und Zentralasien“, so das US-Außenministerium.

Der sogenannte Kampf gegen den Einfluss Russlands ist bereits seit der Obama-Administration ein wichtiges Anliegen für US-Politiker. 2017 hatte das US-Repräsentantenhaus diesbezüglich sogar die Schaffung eines eigenen Ausschusses zum Kampf gegen den „verdeckten Einfluss Russlands“ in anderen Ländern gebilligt. Nach Angaben der US-Parlamentarier nutzt Moskau Methoden wie „Terroranschläge, politische Morde, Manipulationen von Medien, Desinformationen und Finanzierung von Einflussagenten“, um die politische Situation zu seinen Gunsten zu verändern.